

Rostock, den 06.10.2005

Liebe MitstreiterInnen & UnterstützerInnen,

trotz massiver Einschüchterungsmaßnahmen seitens der Behörden gegen Flüchtlinge im Vorfeld, einseitiger Berichterstattung in der lokalen Presse und unverhältnismäßiger, polizeilicher Repressionen gegen AktivistInnen haben wir mit der Aktionstour gegen das europäische Lagersystem eine relativ breite Öffentlichkeit auf die Situation der MigrantInnen in den Lagern Mecklenburg-Vorpommerns aufmerksam machen können.

Mit der Einrichtung der Landesgemeinschaftsunterkunft im Frühsommer diesen Jahres ist Horst ein Abschiebelager geworden. Über 100 Menschen, v.a. alleinstehende Männer und Frauen aus Afghanistan, Tschetschenien, Togo und anderen Ländern, sind derzeit hier untergebracht und warten auf ihre Abschiebung. Aus Gesprächen haben wir erfahren, dass schon seit 6 Monaten togoische Flüchtlinge in Horst leben. Dass heißt, dass sie aus der Erstaufnahmestelle direkt in die Landesgemeinschaftsunterkunft auf dem gleichen Gelände „umverteilt“ wurden.

Die Lebensbedingungen im Lager von Horst sind menschenunwürdig und unzumutbar. Die Essgewohnheiten der Menschen werden nicht berücksichtigt. Das Kantinenessen ist einseitig und besteht nach Aussage von Flüchtlingen aus: „immer Makkaroni, immer Kartoffeln“. Es ist noch nicht einmal gestattet sich in den eigenen Räumen einen Kaffee oder Tee zu kochen. Die Flüchtlinge erhalten lediglich 40,81 € Taschengeld im Monat und unterliegen starken Einschränkungen ihrer Privatsphäre. Die vollständige Kontrolle über die Bewegungen der dort lebenden Menschen wird über ständige Polizeipräsenz, Videoüberwachung und eine bei jeder Mahlzeit abzustempelnde Essenskarte umgesetzt. Die Essenskarte muss beim Verlassen des Geländes abgegeben werden, so dass immer nachvollzogen werden kann, zu welchen Zeiten die Flüchtlinge nicht in Horst waren.

Mitarbeiter des Bundesamtes teilte einem Rechtsanwalt, dass die LGU auch aus dem Grund geschaffen wurde, da kommunale Behörden mit der Vollstreckung von Abschiebungen überfordert seien. Das bedeutet, es geht nicht um finanzielle Gründe, wie es aus der Argumentation des Innenministeriums hervorgeht, sondern um eine zentralisierte Lösung, durch die Abschiebungen leichter und unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden können.

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit seitens antirassistischer Initiativen, Vereinen sowie UnterstützerInnen gegen die Landesgemeinschaftsunterkunft ist somit weiterhin notwendig, damit die LGU bzw. das zentrale Abschiebelager in M/V wieder geschlossen wird.

In diesem Sinne bedanken wir uns bei Euch, dass wir gemeinsam einen erfolgreichen Aktionstag bestritten haben. Ohne die Organisationsarbeit und Unterstützung des Europäischen Bürgerforums, des Flüchtlingsrats Hamburg, der AG Junge GenossInnen Schwerin, von togoischen Flüchtlingen und der UnterstützerInnengruppe aus Greifswald und vielen Einzelpersonen hätte der Aktionstag in M/V so nicht stattfinden können. Bedanken möchten wir uns auch bei Wolfgang Dietrich (Die Linke.PDS) für seine Anwesenheit und Unterstützung sowie bei LOBBI e.V.. Ein weiterer Dank gilt dem Kreisverband Rostock der Partei Die Linke.PDS und dem Flüchtlingsrat M-V, die uns finanziell unterstützt haben.

Ein besonderer Dank geht an die Gastgeber des Klosters Dambeck, die die AktivistInnen der Tour herzlich aufgenommen, für unseren Erfolg gebetet und trotz schwieriger finanzieller Situation uns mit einem kräftigen Frühstück bewirtet haben.

Wir verbleiben in der Hoffnung, dass auch künftig eine gute Zusammenarbeit zwischen uns möglich ist, um verstärkt die Würde der Menschen zu verteidigen und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Zuwanderern, insbesondere von Flüchtlingen, in M-V zu kämpfen.

Mit freundlichen Grüßen

Antirassistische Initiative Rostock